

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

SCHULDENKRISE "Krieg den Märkten" ist der falsche Schlachtruf

Josef Joffe

Den Spekulanten das Handwerk legen, den Kampf gegen "die Märkte" aufnehmen: das sind gegenwärtig die Schlachtrufe der Politik. Aber wer sind denn "die Märkte"? Wir selber, die Klein- und Großaktionäre, die Käufer von Staatspapieren, die Pensionsfonds. Das hatte schon die legendäre amerikanische Comic-Figur namens Pogo erkannt, die von der Feindaufklärung mit der Meldung zurückkehrte: "I have seen the enemy, and they is us."

Die Sache geht aber tiefer als ein Comic-Strip. "Wir", das ist auch der Staat, der uns untertan ist und zugleich in eigener Machtvollkommenheit agiert. Und wenn nun die Politik "Haltet den Dieb!" ruft, lenkt sie ab von der eigenen Verantwortung. Denn: Es gibt keine Finanzkrise ohne staatliche Komplizenschaft.

In dem hellenischen Pleitedrama haben die Märkte nur registriert und dann verschärft, was der Staat mit jahrzehntelanger Verschwendung angerichtet hatte. Gleiches gilt für Portugal, Spanien und Italien. In Lateinamerika sind in den Siebzigern nicht Unternehmen, sondern Staaten zahlungsunfähig geworden. Mexiko musste 1994 nicht wegen Goldman und Co. gerettet werden, sondern weil es über seine Verhältnisse gelebt hatte. Dito Argentinien zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Doch leben die Sünder nicht nur in der Dritten Welt. Werfen wir einen Blick auf Amerika im Jahr 1927, das aufs Feinste das eiserne Gesetz "Kein Crash ohne Blase, keine Blase ohne billiges Geld" illustriert. In dem Klassiker "The Great Crash" erinnert John Kenneth Galbraith daran, dass die Fed mitten im Boom die Zinsen senkte. "Das war einer der schlimmsten Fehler seit 75 Jahren", zitiert er den einzigen Fed-Gouverneur, der dagegen votiert hatte.

Mit billigem Geld von der Fed wurde der Mini-Crash des Jahres 2000 bekämpft; es trug den Keim des Maxi-Crashes von 2008 im Marschgepäck. Richtig ist, dass der "Kasino-Kapitalismus" Billionen an exotischen Papieren in den Kreislauf gepumpt hat. Richtig aber ist auch, dass gegen die Dollar-Zeichen, die in ihren Augen glänzten, auch brave staatsnahe oder staatsgeführte Institute in Deutschland nicht gefeit waren, von den Landesbanken bis zu IKB und KfW.

Das lehrt: Gier & Exzess sind nicht nur private Laster. Es ist auch nicht billiges Geld allein, das unglücklich macht. Dazu gehört auch staatliches Handeln. Die Immobilienblase, die 2008 in Amerika geplatzt ist, kann ohne die quasi-staatlichen Hypothekeninstitute Fannie Mae und Freddie Mac nicht erklärt werden. Die wurden vom Kongress

geradezu gezwungen, Hypotheken ohne Rücksicht auf Bonität auszugeben, im Namen des gerecht verteilten Wohneigentums. Kein Wunder, dass die Finanzakrobaten den Ramsch frohgemut auf- und verkauften: Schließlich würde der Staat für die Pleitiers geradestehen.

Nun hat Europa 750 Milliarden Euro in die Schlacht gegen die Märkte geworfen, und die bezweifeln, dass es den Krieg gewinnen wird, siehe den sinkenden Euro. Weil die Märkte gierig und böse sind? Nein, sondern weil sie nicht glauben, dass die Pleitestaaten die Kraft aufbringen können, dem Wohlstand auf Pump abzuschwören, die Macht ihrer Wahlvölker zu brechen.

Folglich hatte Pogo recht: "Der Feind, das sind wir." Die Märkte besser zu regulieren und zu kontrollieren ist gut. Aber noch besser ist es, die Politik zu kurieren: den willfähigen Staat, der seit Jahrzehnten über die Verhältnisse lebt - von Washington bis Athen. Selbst die braven Deutschen werden in diesem Jahr ein doppelt so großes Defizit einfahren, wie es der Stabilitätspakt erlaubt, von den zweistelligen Defiziten Amerikas und Britanniens ganz zu schweigen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com